

Gewerbe kommt vor Landwirtschaft

ENZKREIS/PFORZHEIM. Wenn es darum geht, ob Flächen für die Landwirtschaft oder für Gewerbeansiedlungen wichtiger sind, haben die Bauern meistens die schlechteren Karten. In der gestrigen Sitzung des regionalen Planungsausschusses zeichnete sich ab, dass den Wünschen der Stadt Mühlacker und der Gemeinden Niefern-Öschelbronn, Remchingen und Tiefenbronn nachgegeben wird, Ackerflächen für Bauwünsche zu opfern. Insgesamt, so Verbandsdirektor Dirk Büscher (CDU), seien zur Fortschreibung des Regionalplans für die Landwirtschaft 90 Stellungnahmen öffentlicher Träger und 340 Einwendungen von anderen Seiten eingegangen.

„Ich halte den Wunsch der Gemeinde Remchingen für nachvollziehbar, im Bereich Nöttingen zusätzliche Entwicklungspotenziale zu erhalten“, sagte Verbandsdirektor Dirk Büscher (CDU). Auch in Tiefenbronn gebe es entsprechende Bestrebungen. Im Rahmen der Anhörung zeigte sich auch, dass zwei größere landwirtschaftliche Flächen in Mühlacker und Niefern-Öschelbronn einen geringeren Schutzstatus erhalten, als eigentlich beabsichtigt. In beiden Fällen sind Abstufungen von Vorrang- zu Vorbehaltsgebieten vorgesehen. Unter Vorranggebiet versteht man eine Fläche, in der die Äcker und Felder absolute Priorität genießen. Vorbehaltsgebiete sind dagegen Bereiche in denen eine Stadt oder Gemeinde mit stichhaltigen Argumenten deutlich machen kann, dass die Ansiedlung von Gewerbebetrieben oder die Ausweisung von Wohnbauflächen als wichtiger angesehen wird. Die Herabstufung einer 67 Hektar großen Fläche ist in Mühlacker südlich der B10 ge-

plant. „Dieser Sprung über die B10 ist dort in der Diskussion“, berichtete Büscher, nachdem sich bisher auf der anderen Seite Gewerbe niederlassen durfte. In Niefern-Öschelbronn soll auf einem 23 Hektar umfassenden Gebiet, angrenzend an das Pinnacher Gewerbegebiet, das Bauen möglich werden. „Dabei sind 300 Einwendungen gegen die Planung in Niefern-Öschelbronn und 22 gegen die Änderung in Mühlacker vorgebracht worden“, sagte der Direktor.

Kritik geäußert

Ihm passen die Begriffe Vorrang- und Vorbehaltsgebiete nicht, monierte Rainer Prewo (SPD). Der einstige Nagolder OB machte deutlich, dass es mit den Vorbehalten genau umgekehrt sei, als eigentlich gedacht: „Wenn eine Kommune Siedlungsinteressen deutlich macht, setzen sich diese Interessen gegen die Landwirtschaft durch.“ Noch entschiedener kritisierte Joachim Wildenmann (Grüne) aus Birkenfeld das Vorgehen: „Es ist nicht ehrlich zu sagen, dass man die Landwirtschaft schützt, wenn das nur bei 12 000 Hektar der Fall ist.“ Die übrigen 19 000 Hektar sollen Vorbehaltsgebiete werden. Zum vom Landwirtschaftsamt des Enzkreises bereits zweimal erfolglos geforderten Höfeschutz, der rechtlich nicht möglich sei, meinte CDU-Fraktionschef Günter Bächle aus Mühlacker: „Ich denke, dass die Planungsbehörde eher weiß, was rechtlich in Ordnung ist.“ Laut dem Regionalverbandsvorsitzenden Jürgen Kurz wird am 27. Januar in der Verbandsversammlung weiterdiskutiert. *kn*